

Region

Braucht das Bundeshaus dieses Mosaik?

Kunst am Parlamentsgebäude 120 Jahre lang ist ein Teil der Bundeshaus-Fassade leer geblieben. Nun soll ein Kunstwerk sie verschönern – nicht zur Freude aller.

Adrian Hopf-Sulc

Nein, es ist keine Projektion, keine temporäre Installation oder dergleichen. Nächstes Jahr wird das Parlamentsgebäude am Berner Bundesplatz sein Aussehen permanent verändern. Anlass dafür ist die 175-Jahr-Feier für die erste Bundesverfassung. Im Februar hat eine Jury das Kunstwerk ausgewählt, welches das dreieckige Giebfeld des Bundeshauses künftig zieren soll. Nun wurde das Baugesuch für die Umgestaltung publiziert.

Die Wahl fiel auf das Werk «Tilo» der Basler Künstlerin Renée Levi. Es handelt sich um ein Mosaik aus 246 Kacheln – die Zahl der Sitze in National- und Ständerat. Die Keramikacheln haben alle den gleichen Sandstein-Farbton, und sie verfügen über eine gerillte Oberfläche wie Wellkarton. Weil sie glasiert sind und in verschiedenen Winkeln ausgerichtet werden, sollen je nach Lichteinfall wechselnde Muster entstehen.

Doch ist es überhaupt erlaubt, das Parlamentsgebäude der Eidgenossenschaft baulich zu verändern? Offenbar ja, obwohl das 1902 fertiggestellte Monumentalbauwerk unter Denkmalschutz steht. Der oberste Stadtberner Denkmalpfleger, Jean-Daniel Gross, sass selbst in der Wettbewerbsjury, welche 13 Vorschläge für das Giebfeld zu beurteilen hatte.

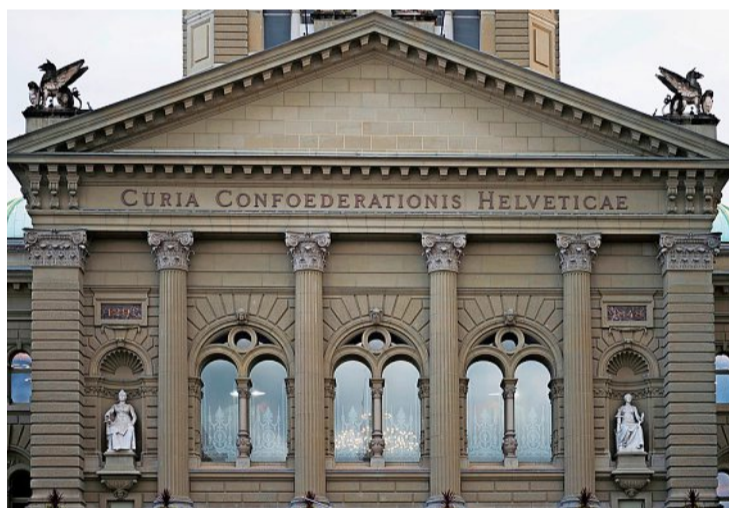
Alter Plan wird vollendet

Gross verweist auf die Baugeschichte des Parlamentsgebäudes: Das Giebfeld – im Fachjargon Tympanon genannt – sei schon auf den Bauplänen als Ort für ein Kunstwerk vorgesehen gewesen. Das geplante Steinrelief sei aus unbekanntem Grund nicht realisiert worden, schreibt das Bundesamt für Bauten und Logistik. Auch ein Projekt von 1906, das Giebfeld mit einem Mosaik zu schmücken, sei im Sand verlaufen. Beim jetzigen Projekt handle es sich nun also nicht einfach um eine Veränderung des Baus, «sondern letztlich um die Vollendung eines Vorhabens», sagt Gross.

Auch der Berner Heimatschutz, ein privater Verein, der sich für das Kulturerbe einsetzt, hat keine Bedenken bezüglich des Projekts. Co-Präsident Raphael Sollberger schreibt: «Das Weiterbauen an historischen Bauwerken stellt eine Kontinuität dar, die man zum Beispiel auch an den grossen Kathedralen in ganz Europa wiederfindet.» Mit dem Keramikmosaik werde eine wichtige denkmalpflegerische Maxime berücksichtigt: «Elemente, welche fehlende Teile ersetzen sollen, müssen sich dem Ganzen harmonisch einfügen und vom Originalbestand unterscheidbar sein.»



Dekorativ, aber ohne Inhalt? So wird das Giebfeld des Parlamentsgebäudes ab nächstem Jahr aussehen. Foto: zvg/Studio Renée Levi



So sieht die Nordfassade des Bundeshauses heute aus. Foto: Urs Jaudas

Weniger Freude am ausgewählten Kunstwerk hat Bernd Nicolai, Professor für Architekturgeschichte und Denkmalpflege an der Universität Bern. Er habe kein Problem damit, dass das Bundeshaus um ein modernes Element ergänzt werde, sagt Nicolai auf Anfrage. Aber: «Das ausgewählte Kunstwerk ist eine dekorative, aber keine inhaltlich

begründete Lösung.» Er vermisse eine konkrete Aussage im Werk, etwas Identitätsstiftendes, das über das Abstrakte hinaus geht. «Zum Beispiel einen Bezug zur Mehrsprachigkeit und zur Multikulturalität der Schweiz.» Auch Dieter Schnell ist vom Keramikmosaik wenig begeistert. Der Dozent für Geschichte und Theorie der Architektur an der

«Das Siegerprojekt ist ein abstraktes Kunstwerk, das mit viel Erklärung verzweifelt versucht, bedeutend zu sein.»

Dieter Schnell
Dozent Berner Fachhochschule

Berner Fachhochschule nennt das Siegerprojekt «ein abstraktes Kunstwerk, das mit viel Erklärung verzweifelt versucht, bedeutend zu sein. Leider kann niemand diese Bedeutung direkt aus dem Werk selbst lesen.»

Eine Jury ohne Alternativen?

Künstlerin Renée Levi beschreibt ihr Werk in ihrer Wettbewerbs eingabe wortgewaltig: «In der Vielzahl der Kacheln und in der Variabilität ihrer sich laufend verändernden Erscheinung sehen wir ein Modell für unser politisches System: einen permanenten Prozess einer fortlaufenden Diskussion unter Fraktionen und Einzelstimmen, immer auch in Abhängigkeit einer über die Schweiz weit hinausreichenden Grosswetterlage», heisst es da. «Tilo» nennt die Künstlerin ihr Werk, im Sinne einer Hommage an Tilo Frey, eine der ersten Nationalrätinnen der Schweiz.

Die Wettbewerbsbeiträge der 13 eingeladenen Kunstschaffenden sind im Jurybericht zu betrachten. Dieser legt den Schluss nahe, dass die Jury viele nicht re-

alisierbare Werke aussortieren musste, anstatt aus vielen geeigneten Projekten das allerbeste auszuwählen zu können.

Neben dem Mosaik schafften es vier Ideen in die zweite Runde: ein Mauerdurchbruch in Form eines Lautsprechers, eine archaisch anmutende Gruppe von Granitfiguren, drei riesige Spiegelflächen und ein Netz mit Hunderten kleiner Metallplättchen. Die Jury hatte schlussendlich gegen sie alle inhaltliche und technische Vorbehalte.

Architektur-Dozent Dieter Schnell findet am Werk von Renée Levi wie gesagt zwar keinen Gefallen, aber gibt der Jury bezüglich ihrer Auswahl recht: «Ich habe leider unter den Rangierten nichts Ansprechenderes gefunden.»

Die Berner Architektin Sonja Huber ist wie Dieter Schnell mit der «komplett abstrakten Haltung» des Mosaiks nicht zufrieden, wie sie auf Anfrage sagt. Das Mosaik führe die Architektursprache des Parlamentsgebäudes nicht weiter. Dafür hätte es eher «eine figurative Darstellung eines heutigen politischen Schwerpunkts» benötigt, «vielleicht in abstrahierter Formensprache».

Keine Architekten an Bord

Huber sieht das Problem auch bei der Übungsanlage: «Warum wird ein solch prägender Eingriff am politisch wichtigsten Gebäude der Schweiz in Form eines Wettbewerbs auf Einladung durchgeführt?» Ihrer Ansicht nach hätte ein offener Wettbewerb durchgeführt werden sollen, an dem sich nicht nur eingeladene Künstlerinnen und Künstler beteiligen können. Und: «Da es nicht um ein reines Kunstwerk, sondern auch um Architektur geht, hätte hinter jedem Entwurf ein Team aus Kunstschaffenden sowie Architektinnen und Architekten stehen müssen.»

Das 500'000 Franken teure Vorhaben wurde letztes Jahr von der SVP im Nationalrat torpediert, noch bevor das Siegerprojekt feststand – ohne Erfolg. Die Jury unter der Leitung von Ständerat Thomas Hefti (FDP) fällte ihren definitiven Entscheid dann diesen Februar. Sind nun keine Einsprachen gegen das Bauprojekt erfolgreich, wird das neue Gesicht des Bundeshauses nächsten Herbst feierlich enthüllt werden.

Rückgang ist aussergewöhnlich

Arbeitslosenquote Im Kanton Bern sind im August 8132 Arbeitslose gemeldet gewesen, 262 weniger als im Vormonat. Die Arbeitslosenquote verharrte bei sehr tiefen 1,5 Prozent, wie die Wirtschaftsdirektion mitteilte. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl im Monat August ist aussergewöhnlich. Üblicherweise steigt sie, insbesondere aufgrund derjenigen Personen, die nach der Ausbildung keine Anschlusslösung finden. In sieben der zehn Verwaltungskreise ging die Arbeitslosigkeit zurück, in den übrigen blieb sie unverändert. (sda)

Klarere Bedingungen für Wasserkraft-Nutzung

Grosser Rat Der Kanton Bern erarbeitet eine Strategie für Wasserkraftkonzessionen.

Im Kanton Bern bestehen zahlreiche Konzessionen zur Nutzung von Wasserkraft. Ab dem Jahr 2037 laufen jene von grösseren Wasserkraftanlagen ab. Der Regierungsrat erarbeitet nun eine Strategie, wie er künftig Konzessionen vergeben will. Der Grosse Rat hat am Donnerstag eine entsprechende Motion im Sinne der Regierung einstimmig mit 144 Stimmen überweisen.

Konzessionen für Kraftwerke werden meist für viele Jahrzehnte vergeben. Die lange Laufzeit

dient dazu, dass die Kraftwerksunternehmen ihre grossen Investitionen amortisieren können. Im Kanton Bern laufen ab 2037 erste grössere Konzessionen aus, der grosse Brocken mit den Kraftwerken Oberhasli (KWO) folgt 2042. Ausserdem stehen im Kanton Bern mit der Erhöhung der Grimselstauwand und dem neuen Trift-Stausee grössere Ausbauprojekte an.

Die KWO gehört zu 50 Prozent dem Energiekonzern BKW, der mehrheitlich dem Kanton Bern

gehört. Vor dem Hintergrund der auslaufenden Konzessionen sei auch aufzuzeigen, ob es sinnvoll wäre, wenn der Kanton selber jene der BKW, an den KWO übernehmen würde, so eine weitere Forderung der Motion aus den Reihen der Mitte.

Der Regierungsrat teilte die Haltung der Motionäre, wonach sich der Kanton frühzeitig und strategisch mit den Handlungsoptionen beschäftigen muss, welche sich beim Auslaufen von

Konzessionen der Wasserkraft ergeben, wie der zuständige Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP) sagte. Die Erhaltung und der Ausbau der Wasserkraft sind laut Neuhaus zentrale energiepolitische Ziele des Kantons. Um sie zu erreichen, sei es unerlässlich, frühzeitig für alle klare Rahmenbedingungen zu schaffen. Die zuständige Direktion befasst sich laut Neuhaus bereits mit dem Erarbeiten einer solchen Strategie und hat erste Abklärungen getätigt. (sda)

Gästerekord in den Bädern von Bern

Hitzesommer Die Stadtberner Freibäder haben diesen Sommer einen Gästerekord erzielt. Mit etwas über 1,66 Millionen Eintritten bis Ende August verzeichnen sie einen Fünftel mehr Eintritte als im bisherigen Rekordsommer 2015. Gross war der Zustrom insbesondere im Marzilbad, das von den rekordhohen Aaretemperaturen profitierte. Fast 890'000 Gäste wurden gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr lagen die Eintritte in den Berner Freibädern um fast 70 Prozent höher. Die Badi-Saison endet in Bern am 18. September. (sda)